

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ausschussmitglied Ursula. Biester  
Ausschussmitglied Brigitte Klee  
Ausschussmitglied Helmut Möhle

**Mitglied SPD-Fraktion**

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir  
Ausschussmitglied Petra Kolbe  
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

**Mitglied Gruppe Grüne/WBV**

Ausschussmitglied Rainer Büscher

**Mitglied Gruppe BASU/Hammadi**

Ausschussmitglied Al-Chafia Hammadi

**Mitglied UWG WHV-Fraktion**

Grundmandat Frank Uwe Walpurgis

**Vorsitzender des Seniorenbeirates**

beratendes Mitglied Peter Berger

**Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV**

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes  
beratendes Mitglied Joachim Stasch

**Dezernent**

Erster Stadtrat Jens Stoffers

**Fachbereichsleiter**

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen  
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

**von der Verwaltung**

Stellv. Fachbereichsleiter 50 Peter Albers

## **Job-Center**

Geschäftsführer Wolfgang Burkert  
Geschäftsführerin Angelika Brünlow

## **Protokollführerin**

Protokollführerin Susanne Bödeker

## **Es fehlte entschuldigt**

Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

## **A Öffentlicher Teil**

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.09.2013 und 24.10.2013
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 4.1 Unterbringung von Asylbewerbern/Flüchtlingen und geduldeten Ausländern (Information)
- 4.2 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates **272/2013**
- 5 Information und Meinungsbildung zu den Handlungsfeldern "Soziales und Senioren", "Gesundheit" und "Jobcenter"
- 6 Information Förderzentrum Plus
- 7 Miethöchstbeträge in der Stadt Wilhelmshaven ab 01.01.2014
- 8 Mitteilungen und Anfragen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.09.2013 und 24.10.2013

Die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.09.2013 und 24.10.2013 werden genehmigt.

**Beschluss:**

-mehrheitlich zugestimmt-

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Unterbringung von Asylbewerbern/Flüchtlingen und geduldeten Ausländern (Information)

Herr Albers begründete die Beschlussvorlage.

Auf Frage von Herrn Hammadi erklärte Herr Albers, dass die Flüchtlinge u.a. aus folgenden Ländern stammten:

Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro, Marokko, Iran, Somalia, Syrien. Auf Nachfrage teilte Herr Albers mit, dass aus Syrien 6 Personen kommen.

Von Mitte September bis zum 27.11.2013 seien insgesamt 81 Personen (davon 52 Personen = 65 % vom Westbalkan) zugewiesen worden.

4.2 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates

**272/2013**

Herr Albers erläuterte die Vorlage.

**Beschlussvorschlag:** (einstimmig):

Der Rat stellt die personelle Besetzung des Behindertenbeirates ab dem 01.01.2014 wie folgt fest:

| <u>Institution</u>                        | <u>Name, Vorname</u> | <u>Hinweis</u> |
|-------------------------------------------|----------------------|----------------|
| Wilhelmshavener Kinderhilfe               | Ehrhardt, Heike      |                |
| Gesellschaft f. paritätische Sozialarbeit | Gastmann, Sabine     |                |
| Blindenverein WHV / FRI e. V.             | Kiewitt, Manuela     |                |
| Sozialverband Deutschland                 | Janneck, Udo         |                |
| Agentur für Arbeit                        | Bormann, Karl        |                |
| VdK Sozialverband                         | Schäfer, Walther     |                |
| Freundeskreis d. Körperbehinderten        | Heckmann, Siegfried  |                |

|                                                                |                     |                  |
|----------------------------------------------------------------|---------------------|------------------|
| Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe | Dr. Schwindt, Peter |                  |
| Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe | Schneegold, Birgit  |                  |
| Vorsitzender des SoG                                           | Reese, Uwe          | Beratende Stimme |
| Fachbereich Soziales                                           | Koch, Michael       | Beratende Stimme |

### **Beschluss:**

-einstimmig zugestimmt-

## 5 Information und Meinungsbildung zu den Handlungsfeldern "Soziales und Senioren", "Gesundheit" und "Jobcenter"

Herr Stoffers berichtete über den Zukunftsvertrag des Landes, durch den Kommunen eine Möglichkeit erhalten sollten, sich unter bestimmten Voraussetzungen zu entschulden. Das Land habe sich bereiterklärt, bei einer Einkreisung der Stadt Wilhelmshaven in den Landkreis Friesland eine Entschuldungshilfe von insgesamt 44 Mio. €, 35 Mio. € für die Stadt Wilhelmshaven, 9 Mio. € für den Landkreis Friesland zu leisten. Dieser Betrag errechnete sich aus den kurzfristigen Kassenkrediten am Stichtag: 31.10.2010 = 47 Mio. €, davon 75 % = 35 Mio. €.

Herr Stoffers informierte über das nun vorliegende Gutachten der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt.). Jedes der dort aufgeführten Handlungsfelder werde in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt, die so an der Entscheidungsfindung beteiligt seien.

Die endgültige Entscheidung falle in der Ratssitzung am 11.12.2013 (Vorbereitung durch den Verwaltungs- und Finanzausschuss am 09.12.2013).

Bei einer Einkreisung in den Landkreis Friesland würden Aufgaben an den Landkreis Friesland übergehen, die aber zum Teil auch wieder auf die Stadt Wilhelmshaven zurückübertragen werden könnten, was die KGSt. auch vorschläge. Die Steuerungs- und Lenkungsaufgaben würden allerdings beim Landkreis bleiben.

Im Gutachten wurde ein Ranking gebildet, in dem errechnet wurde, welche Bereiche sich besonders für eine Einkreisung eignen.

Dabei wurden 3 Bewertungskriterien mit unterschiedlicher Gewichtung (in Klammern) herangezogen:

- Nachhaltiger Ressourceneinsatz (50 %)
- Dienstleistungsqualität (20%)
- Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit (30 %)

Herr Sieberns trug das Handlungsfeld Soziales und Senioren vor (s. Anlage).

Herr Dr. Rübsamen trug das Handlungsfeld Gesundheit vor (s. Anlage).

Kritisch sei die Aussage im Gutachten zu bewerten, ein größeres Gesundheitsamt sei bezüglich besserer Aufstiegschancen attraktiver für die Arbeitnehmer. Der TVÖD stehe mit seinen Regelungen fest.

Auf Nachfragen von Frau Kolbe und Herrn Büscher antwortete Herr Stoffers, dass man bei der Auftragsvergabe für das Gutachten den Bereich des Klinikum Wilhelmshavens ausgenommen habe. Das Klinikum Sanderbusch gehöre bereits zum Landkreis Friesland.

Herr Burkert trug abschließend das Handlungsfeld des Jobcenters vor (s. Anlage).

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

## 6 Information Förderzentrum Plus

Frau Brünlow informierte über die seit ca. einem Jahr laufende Maßnahme für sog. LangzeitleistungsbezieherInnen im Förderzentrum Plus mit oftmals komplexen Profillagen, an deren Ausgestaltung das Jobcenter mit eigenen Konzepten mitgewirkt habe.

Der Begriff „Plus“ bedeute zusätzliches Personal. Das Land Niedersachsen habe 8 Mio. € zusätzlich bereitgestellt, um einen besseren Personalschlüssel für eine intensivere Betreuung zu erreichen.

Seit Oktober 2012 stünden 50 Plätze beim Träger „Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft“ in der Schillerstraße zur Verfügung. Auch von der GAQ würden Personen zugewiesen.

Es arbeiten dort 5 Anleiter, 2 Jobcoaches (1 vom Land finanziert) und 3 Sozialpädagogen (2 vom Land finanziert).

In den verschiedenen Arbeitsbereichen (z.B. Metallbau, Pflege) könne eine Orientierung und anschließend u. U. ein Praktikum absolviert werden.

Wichtig sei in diesem Bereich die aufsuchende Arbeit, d.h. Hausbesuche bei den TeilnehmerInnen, falls diese nicht zur Arbeit erscheinen.

Innerhalb der Maßnahme sei ein Netzwerk geschaffen worden, eine Maßnahmebetreuerin habe ihr Büro im Haus und sei jederzeit bei Problemen ansprechbar.

Eine Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt besuche die Einrichtung. Man habe Besuche von z.B. der Schuldnerberatung, dem Diakonischen Werk und der Polizei (Selbstverteidigung) organisiert.

Gesundheitsorientierung sei ein wichtiger Punkt der Unterstützung, da die Personen meist schon lange nicht mehr im Arbeitsleben stünden. Die AOK biete Kurse wie z.B. Rückenschule oder gesunde Ernährung kostenfrei an.

Zurzeit befinden sich viele Alleinerziehende in der Maßnahme, was oftmals zu Problemen mit der Kinderbetreuung führe.

Ein Kontaktcafé diene dem Austausch (auch der ausgeschiedenen TeilnehmerInnen) untereinander, z.B. bezüglich Bewerbungen.

Ein Lenkungsausschuss mit dem Bildungswerk und anderen Trägern werde

genutzt, um Anpassungen vorzunehmen.

Für die 50 Plätze habe man ursprünglich 200 Kunden angesprochen, von denen 142 an der Maßnahme teilnehmen. Die Abbrecherquote betrage 43 %. Sei der Abbruch unbegründet, erfolgten rechtliche Konsequenzen. Sanktionen seien oft nicht zu vermeiden, weil sich eine relativ hohe Personenzahl verweigere.

81 Personen nähmen regelmäßig an der Maßnahme teil, 15 Personen seien in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt worden, was eine sehr gute Quote darstelle.

Frau Biester fragte nach den entstehenden Kosten.

Herr Burkert antwortete, dass das zusätzliche Personal vom Land finanziert werde. Er sei froh, wenn man die erreichte Vermittlungsquote beibehalten könne. Der Wille, Arbeit aufzunehmen, sinke weiter und die familiären oder gesundheitlichen Probleme stiegen an.

Frau Meyer-Machtemes betonte, dass man für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit besondere Instrumente benötige.

## 7 Miethöchstbeträge in der Stadt Wilhelmshaven ab 01.01.2014

Herr Sieberns teilte die neuen Beträge mit (s. Anlage).

Das Ermittlungsverfahren für die Berechnung der Miethöchstbeträge in Wilhelmshaven werde alle 2 Jahre vom IWU-Institut (Institut Wohnen und Umwelt) durchgeführt.

Das Sozialgericht Oldenburg habe in einem Urteil festgestellt, dass es sich bei der Ermittlung der Miethöchstbeträge in der Stadt Wilhelmshaven um ein schlüssiges Konzept handele.

Aufgrund des neuen Gutachtens könne in Einzelfällen (bei Schwerbehinderten oder Alleinerziehenden mit Kindern) die bisherige Miete zu hoch sein, weil für die erhöhten Bedarfe bei Schwerbehinderung oder Alleinerziehung nun eine Individualprüfung vorgesehen sei und keine pauschale Erhöhung der Wohnungsgrößen. Für diese Fälle habe das Institut eine Bestandsschutzregelung vorgeschlagen.

Die neuen Miethöchstbeträge gelten ab dem 01.01.2014.

Frau Biester fragte nach, wieso sich die Beträge bezogen auf die Wohnungsgröße unverhältnismäßig erhöhten. Für sie seien die Beträge nicht nachvollziehbar.

Hinweis zu Protokoll: Auf Nachfrage hat das IWU-Institut mitgeteilt, dass die Nachfrage nach großen Wohnungen gestiegen sei und nicht immer sofort befriedigt werden könne. Daher könnten stärkere Mieterhöhungen durchgesetzt werden, als bei den kleineren Wohnungen.

Die durch die Erhöhung entstehenden Mehrkosten belaufen sich auf rund 400.000,- €, wovon der Bund 26,40 % und das Land ebenfalls einen Teil übernehme. Diese Mehraufwendungen sind bereits im Haushalt eingeplant.

## 8 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

